

ROTER MORGEN

Nr. 04 24.04.2003 37. Jahrgang Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands 1. Mai Sondernummer kostenlos Erscheint monatlich

Für Verteidigung und Ausbau der sozialen Rechte!

Die wirtschaftliche und soziale Unsicherheit wächst. Die Arbeitslosigkeit steigt. Physischer und psychischer Streß bei der Arbeit nehmen zu. Krankheiten, die durch diesen Streß sowie durch die Ruinierung unserer Umwelt und durch die Produktion minderwertiger und gesundheitsgefährdender Lebensmittel verursacht sind, mehren sich.



Dringender denn je brauchen wir gesetzliche und reale Garantien, daß wir auch im Alter, im Krankheitsfall sowie bei Arbeitslosigkeit in Würde leben können. Wir brauchen Garantien, daß wir bei Arbeitslosigkeit nicht gezwungen sind, jeden beliebigen Job anzunehmen, und sei es zu den schlechtesten, lohndrückendsten, gesundheitsgefährdendsten und unwürdigsten Bedingungen. Wir brauchen nachhaltige Verbesserungen der Sozialversicherungen, nämlich der Kranken-, Renten und Arbeitslosenversicherung.

Die Regierung tut genau das Gegenteil. Sie fährt einen Angriff auf das komplette Sozialversicherungssystem, wie es ihn in der Geschichte der

Bundesrepublik noch nicht gegeben hat. Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherung – sie alle sollen nach dem Willen der Regierung durchlöchert und bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt werden.

Hartz war der erste Streich

Die Hartz-Gesetze sind ein massiver Angriff nicht nur auf die Arbeitslosen, sondern auch auf diejenigen, die (noch) Arbeit haben.

Arbeitslose werden gezwungen, zu Billiglöhnen LeiharbeiterInnen zu werden. Es ist zulässig geworden, daß ein Unternehmen Beschäftigte entläßt und über eine Verleihfirma zu Billiglöhnen erneut beschäftigt. So ist der Kündi-

gungsschutz auf kaltem Wege ausgehöhlt.

Die Zuchtmittel des Arbeitsamtes – welches hochmodern zum »JobCenter« mutiert – gegen Arbeitslose sind vielfältiger, flexibler und flächendeckender geworden. Die Bedingungen der Zumutbarkeit einer Arbeitsaufnahme wurden verschärft.

Kaum sind die Hartz-Gesetze beschlossen, kündigt die Regierung neue Angriffe an, unter anderem: Herabsetzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf 18 Monate für die über 55-jährigen und auf 12 Monate für die unter 55-jährigen. Auflösung der Arbeitslosenhilfe in die Sozialhilfe, also Beseitigung der Arbeitslosenhilfe, weitere

►► Fortsetzung S. 3

Auf nach Berlin am 17. Mai – Protest gegen die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die weitere Verarmung der Erwerbslosen

Samstag, den 17. Mai 2003 in Berlin, fünf vor zwölf Potsdamer Platz Demonstration 14.00 Uhr Abschlusskundgebung am Großen Stern und Kulturprogramm

ver.di Bundesvorstand, ver.di Bundeserwerbslosenausschuss (BEA), Arbeitslosenverband Deutschlands (ALV) und die Koordinierungsstelle der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen (KOS) Bielefeld

Kommentar

Die UNO und der Frieden

Kann die UNO den Frieden sichern? Muss nicht die Rolle der UNO gestärkt werden, damit Kriege, wie sie die USA und ihre Verbündeten jetzt gegen den Irak führen, verhindert werden? Fragen, die viele Menschen mit ja beantworten. Wir Kommunisten halten diese Schlussfolgerung für falsch.

Erinnern wir uns: Der Krieg gegen den Irak im Jahr 1991 wurde mit einem Mandat der UNO geführt. Das anschließende Embargo gegen den Irak mit all seinen schrecklichen Folgen für die Bevölkerung wurde von der UNO verhängt. Die UNO-Resolution 1441 forderte die Entwaffnung des Irak und sah als »letzte Option« den Einsatz militärischer Mittel vor, um die Entwaffnung durchzusetzen. Die USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Rußland und China handelten hier völlig einmütig.

Erst als sich der Streit um die Ausbeutung der Ölquellen des Irak und die Beherrschung des ganzen Nahen und Mittleren Ostens zuspitzte, traten die Widersprüche zwischen den imperialistischen Großmächten auch in der UNO offen zutage. Dabei haben alle beteiligten Mächte versucht, die UNO für ihre Zwecke zu benutzen. Die USA und Großbritannien versuchten, ein UNO-Mandat für einen Alleingang gegen den Irak zu bekommen. Dies scheiterte am Widerstand der anderen Großmächte – vor allem am Widerstand Deutschlands und Frankreichs. Deutschland und Frankreich wollten einen Alleingang der USA und Großbritannien verhindern. Deshalb ihr Plan »Mirage IV«, der den Irak unter Kontrolle

►► Fortsetzung S. 2

► Fortsetzung v. S. 1:

Die UNO und der Frieden

der UNO stellen sollte und die Stationierung von UNO-Soldaten im Irak vorsah. Unter dieser Voraussetzung war die Bundesregierung bereit, auch deutsche Soldaten in den Irak zu schicken.

Der Krieg gegen den Irak wurde und wird um die Beherrschung des irakischen Öls geführt. Alleinige Ausbeutung der irakischen Ölreichtümer durch die US-amerikanischen und britischen Ölkonzerne oder gemeinschaftliche Ausplünderung des Irak mit deutscher Beteiligung – das war die Frage, um die es bei den Auseinandersetzungen in der UNO ging. In der UNO, im UNO-Sicherheitsrat und hinter den Kulissen der UNO wurde und wird auf diplomatischem Parkett über die Aufteilung der Ölquellen des Irak und des ganzen Nahen und Mittleren Ostens gefeilscht. Nicht die Völker bestimmen die Politik der UNO, sondern die imperialistischen Großmächte und die hinter deren Regierungen stehenden global agierenden Konzerne und Finanzgesellschaften. Den Frieden in die Hand der UNO zu legen, heißt deshalb, den Bock zum Gärtner zu machen.

Der Kampf um Beherrschung des Irak ist ein Teil des Kampfes, der zwischen den Großmächten um die Neuaufteilung der Welt geführt wird. Dieser Kampf wird auf allen Ebenen geführt und schließt Krieg unvermeidlich ein. Deshalb wird es dauerhaften Frieden erst dann geben, wenn die Macht des Imperialismus weltweit zerschlagen ist. Nur ein sozialistisches Deutschland, in dem die großen Konzerne, die Banken und Finanzgesellschaften enteignet sind und in dem die politische Macht in den Händen der arbeitenden Menschen liegt, wird eine wirkliche Friedensmacht sein. -fk

Nein zu den USA! Nein zu Saddam Hussein!

Unter diesen Losungen haben am 15. April in der irakischen Stadt Nadschaf 20.000 Menschen demonstriert. Auch in Bagdad gab es Demonstrationen. Hier war die Losung: »Wir wollen echte Freiheit!« Ebenfalls am 15. April eröffneten Soldaten der USA in Mossul das Feuer auf eine gegen die USA-Besatzung gerichtete Demonstration und richteten ein Massaker mit 20 Toten an.

Bei Redaktionsschluss begannen in der den Schiiten heiligen Stadt Kerbala religiöse Feiern zu denen rund zwei Millionen Pilger erwartet werden. Kundgebungen und Demonstrationen gegen die USA werden erwartet. Schon vorher hatte der »Oberste Rat der Islamischen Revolution im Irak« erklärt: »Wir weigern uns, uns unter die Fuchtel der Amerikaner oder irgend eines anderen Landes zu begeben.«

All das zeigt, dass das irakische Volk nicht bereit sein wird, sich mit dem amerikanisch-britischen Besatzungsregime abzufinden. Solidarität mit dem Kampf des irakischen Volkes gegen den USA-Imperialismus!

Bombengeschäfte

Erst bomben, dann absahnen – nach diesem Motto stürzen sich jetzt Konzerne aus aller Welt auf den Irak. Denn auch beim Wiederaufbau des zerstörten Landes sind Millionen zu verdienen. »The winner takes it all« – das ist die Devise, nach der vor allem US-amerikanische Konzerne zum Zuge kommen.

Dazu gehört z. B. der kalifornische Bauriese Bechtel. Der Konzern hatte im Wahlkampf großzügige Spenden verteilt. Für ihn hatte sich US-Kriegsminister Rumsfeld 1983 bei einem Treffen mit Saddam Hussein für den Bau einer Pipeline zum jordanischen Hafen Akaba stark gemacht. Jetzt hat Bechtel den Zuschlag für einen Großauftrag zur Wiederherstellung von Flughäfen, Energie- und Wasserversorgungseinrichtungen, von Schulen und Krankenhäusern bekommen. Geschätzter Umfang des Auftrages: bis zu 680 Millionen Dollar in den nächsten 18 Monaten. Der Auftrag zum Wiederaufbau der Krankenhäuser ist dabei besonders pikant. Haben wir doch im Fernsehen sehen können, wie die Krankenhäuser, die nicht schon vorher zerbombt waren, von Plünderern vollends ausgeraubt wurden – und US-Soldaten befehlsgemäß tatenlos danebenstanden.

Zu den Gewinnern gehört auch der auf die Erdölförderung und -verarbeitung spezialisierte US-Konzern Halliburton. Umfang der an Halliburton bis jetzt vergebenen Aufträge: 6,5 Milliar-

den Euro im Zeitraum der nächsten zwei Jahre. Im Vorstand des Konzerns bis zum Jahr 2000: US-Vizepräsident Cheney.

Eingetroffen im Irak ist inzwischen auch Ex-General Jay Garner. Er soll dort als oberster ziviler Besatzungschef fungieren. Garner leitet aber auch die Rüstungsfirma »SY Coleman«, eine Tochter von »L-3-Communications«. Dort wurden Systeme für die Satellitensteuerung von Raketen und Präzisionsbomben entwickelt, die auch im Irak-Krieg eingesetzt wurden.

Aber auch deutsche Konzerne stehen Gewähr bei Fuß, um im Irak abzusahnen. Dazu zählt zum Beispiel der badische Konzern »Heidelberg Cement«, die Nummer drei auf dem Weltzementmarkt. Als im Irak die Menschen im Bombenhagel der USA fielen, schnellten die Aktienkurse dieses Konzerns in die Höhe. In den Startlöchern stehen außerdem die Baukonzerne Hochtief und Bilfinger und Berger. Und auch MAN, ThyssenKrupp und Salzgitter hoffen auf ihren Anteil an der Beute. BDI-Präsident Rogowski über die Aussichten deutscher Konzerne: »In der zweiten Phase, in der es um den Aufbau von Industriestrukturen geht und Irak wieder eine eigene Regierung haben wird, bin ich einigermaßen zuversichtlich.« (FTD, 17. 4. 2003)

Was hier verdient wird, ist Blutgeld. Das ist die Moral des Finanzkapitals: wenn es um die Profite geht, geht es über Leichen.

Nein zur Aufrüstung!

Die Bundesregierung will aufrüsten. Die Bundeswehr soll zu einer hochmodernen Interventionsarmee umgebaut werden, die überall auf der Welt präventiv eingesetzt werden kann. Kriegsminister Struck hat deshalb gefordert, die Haushaltsmittel für die Bundeswehr spätestens im Jahr 2007 deutlich zu erhöhen.

Gleichzeitig will die Bundesregierung die Europäische Union zu einer schlagkräftigen Militärmacht machen. Sie hat deshalb gemeinsam mit Frankreich und Belgien die Initiative zum Aufbau einer europäischen Armee ergriffen.

Die Aufrüstung der Bundeswehr und der Aufbau einer europäischen Armee sind gegen die USA gerichtet. Die deutschen Imperialisten und die »Friedensfreunde« Schröder, Fischer und Struck haben mit zusammengebissenen Zähnen und in der Tasche geballten Fäusten

gerade zusehen müssen, wie ihnen der USA-Imperialismus die Ölquellen des Irak weggeschnappt hat. So etwas wollen sie in der Zukunft verhindern. Und das geht nur, wenn man den USA auch militärisch Paroli bieten kann.

»Die Freiheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt«, hat Kriegsminister Struck vor einiger Zeit erklärt. Wessen Freiheit? Die Freiheit des deutschen Finanzkapitals mitzumischen, wenn es um die Aufteilung von Märkten und Rohstoffquellen geht; wenn im Namen der »Freiheit« andere Länder überfallen und die Völker mit Krieg überzogen werden. Und dafür sollen wir auch noch zur Kasse gebeten werden. All das ist nicht in unserem Interesse.

Keinen Cent und keinen Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr! Kein Militärmacht EU! Austritt der Bundesrepublik aus EU und NATO!

► Fortsetzung v. S. 1

Für Verteidigung und Ausbau der sozialen Rechte!

Durchlöcherung des Kündigungsschutzes. All dies soll letztlich eines bewirken: Nachhaltiges und flächendeckendes Absenken der Löhne und Gehälter. Der Angriff auf die Rechte der Arbeitenden und Arbeitslosen soll dem Kapital Geld in die Kassen spülen, soll die Profite erhöhen. Demagogisch nutzen Kapital und Regierung zu diesem Zweck die hohe Arbeitslosigkeit, die das Kapital zu vertreten hat. Dreist wird so getan, als tue die Regierung mit diesen unverschämten Angriffen etwas Gutes für die Arbeitslosen. In Wirklichkeit betreibt sie nur das Geschäft des Kapitals, und zwar mit einer Arbeitslosigkeit ohnegleichen.

Angriff auf die Krankenversicherung ist der zweite Streich

Dem Angriff auf die Lage der Arbeitslosen folgt der Angriff auf die Lage der Kranken und Krankenversicherten. Praxisgebühren, noch höhere Zuzahlungen zu Medikamenten, kostenintensive Zusatzversicherungen – all dies, um im Auftrag des Kapitals die Lohnnebenkosten zu senken.

Angriff auf die Rente ist der dritte Streich

Neue Angriffe auf die Lage der Rentnerinnen und Rentner werden vorbereitet. Die Herrschenden und die von ihnen ausgehaltenen »Wissenschaftler« diskutieren nur noch darüber, auf welche Höhe (67?, 68?, 70?) und mit welchem Tempo das Rentenalter hochgesetzt werden soll. Das ob steht für Kapital und Regierung außer Frage.

Kapital und Regierung wissen natürlich sehr gut, daß die wenigsten so lange arbeiten können.

Schon heute sind die allermeisten physisch und/oder psychisch nicht in der Lage, auch nur bis 65 zu arbeiten.

Und das Kapital will die Alten ja auch aus den Betrieben heraushaben. Die erneute Erhöhung des Rentenalters läuft auf folgendes hinaus: Wer vorzeitig gehen »will«, in Wirklichkeit muß, muß »finanzielle Einbußen«, sprich: Altersarmut in weit höherem Ausmaß als bisher in Kauf nehmen. Eine erneute Erhöhung des Rentenalters würde ein heute kaum vorstellbares Massenelekt in im Alter bedeuten. Zumal beabsichtigt ist, die Renten drastisch zu senken. Als »Ersatz« wird eine private Zwangsversicherung im Rahmen der Riesterrente ins Gespräch gebracht – damit die privaten Versicherer die uns zwangsweise abgepreßten Gelder an der Börse verspielen können.

Wer die drohende Altersarmut in Grenzen halten will und – obwohl er oder sie eigentlich nicht mehr kann – dennoch bis zur offiziellen Altersgrenze weiterarbeitet (wenn das Kapital ihn bzw. sie denn läßt!), wird häufig nicht mehr in den Genuß der Rente kommen – und schon gar nicht über längere Zeit – sondern in den »Genuß« des Grabes. Arbeiten, bis man in die Kiste springt – sehr praktisch, denn dann gibt es bei der Finanzierung der Renten gewiß kein Finanzloch mehr.

Setzen wir uns gemeinsam zur Wehr!

Es ist kein Zufall, daß die Regierung gerade jetzt zum Sturmangriff auf die Sozialversicherungen bläst. Der Kapitalismus ist in einer schweren chronischen Krise, und die Regierung will die Folgen dieser Krise auf uns abwälzen, auf die Arbeitenden und Arbeitslosen, auf die Kranken, auf die RentnerInnen.

Die Pläne der Regierung bedeuten: Wir sind davon bedroht, massenweise in einen Zustand des Elends und der

Würdelosigkeit gestoßen zu werden, in welchem wir bloßer Spielball der hemmungslosen Profitgier der Kapitalisten sind. Dazu darf es nicht kommen!

Viele Menschen setzen sich bereits zur Wehr, in Betrieben und Gewerkschaften, in Initiativen und Bündnissen, bei Demonstrationen usw. Arbeiten wir dafür, daß es mehr werden und daß wir uns besser organisieren! Diskutieren wir mit KollegInnen, im Freundes- und Bekanntenkreis, wie wir uns gemeinsam wehren können!

Unsere Mindestforderungen sind:

- Weg mit den Hartz-Gesetzen!
- Keine Verschlechterung der Krankenversicherung!
- Keine weitere Erhöhung des Rentenalters! Keine weitere Senkung der Renten! Keine private Zwangsversicherung!
- Keine Verschlechterung des Kündigungsschutzes!

Wenn die Regierung zum Angriff auf die Sozialversicherungen bläst, stellen wir unsere eigenen Forderungen dagegen:

Wir brauchen drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, schon allein deshalb, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken! Gesetzliche 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

Wir brauchen einen gesetzlichen garantierten Mindestlohn!

Gesetzliches Verbot unbezahlter Überstunden! Drastische Reduzierung bezahlter Überstunden! Höhere Überstunden-Zuschläge!

Herabsetzung des Rentenalters für Männer auf 60 und für Frauen auf 55 Jahre, bei Schwerst- und SchichtarbeiterInnen fünf Jahre früher!

Wir brauchen keinen Abbau, sondern einen Ausbau der Sozialversicherungen! Wir brauchen Sozialversicherungen, die im Alter, im Krankheitsfall und bei Arbeitslosigkeit ein Leben in Würde ermöglichen!

Das Kapital soll zahlen!

Die Finanzierung des Erhalts und Ausbaus der Sozialversicherungen muß durch drastische Besteuerung des Kapitals erfolgen:

Es ist schließlich das Kapital, das den Nutzen aus dem körperlichen und psychischen Verschleiß der Arbeitskräfte zieht – soll es doch für die Kosten aufkommen und die Krankenversicherung bezahlen!

Das Kapital wird immer fetter, indem es uns unser ganzes Leben lang ausbeutet – soll doch eine Rente, die uns im Alter ein Leben in Würde ermöglicht, aus einem kleinen Teil des Reichtums finanziert werden, den das Kapital sich dadurch angeeignet hat!

Es ist das Kapital, welches die Arbeitslosigkeit hervorruft: Weil es den Kapitalisten nur um Profit geht, wird technischer Fortschritt nicht dazu genutzt, die Arbeitszeit für alle zu verkürzen, sondern für Entlassungen. Soll das Kapital also die Kosten der Arbeitslosigkeit bezahlen!

Es ist das Kapital, welches über Subventionen, Zinszahlungen an die Banken, unsinnige Prunk- und Protzprojekte, Finanzierung von Kriegen und Kriegsvorbereitung die Staatskasse plündert. Und dann begründen Kapital und Regierung mit der leeren Staatskasse die »Notwendigkeit« von Sozialabbau! Soll das Kapital doch zahlen!

Soll die Regierung doch zunächst einmal die Steuersenkungen für das Kapital streichen, die sie in der letzten Legislaturperiode beschlossen hat! Darüber hinaus müssen drastische Besteuerungen für das Kapital her, insbesondere auf Gewinne von Kapitalgesellschaften!

Das freilich ist das letzte, was die Regierung will, denn sie handelt im Auftrag des Kapitals. Jeden kleinen Schritt in diese Richtung, der unsere Lage etwas mildert, können wir der Regierung nur durch harten Kampf abtrotzen.

Auf die Strasse

Gegen die Zerschlagung der Arbeitslosenhilfe!

In ihren Programmen zur Bundestagswahl hatten die regierenden Parteien noch erklärt, dass sie »im Rahmen einer Reform von Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistung auf Sozialhilfeniveau« (SPD) wollten und dass kein Bezieher von Arbeitslosenhilfe bei einer »Zusammenlegung« schlechter gestellt würde (Bündnis 90/Die Grünen). Dies war schlichtweg gelogen!

Ein knappes Drittel bzw. 470.000 Haushalte, die derzeit Arbeitslosenhilfe beziehen, sollen zukünftig gar keine Arbeitslosenunterstützung mehr erhalten. Aufgrund verschärfter Anrechnung von Partnereinkommen und von Vermögen, das in den meisten Fällen zur Vorsorge im Alter eingerichtet wurde, fallen sie ganz aus dem Leistungsbezug. In diesen Haushalten leben 1,2 Millionen Menschen, deren Einkommensverlust insgesamt 2,1 Mrd. Euro betragen wird (Berechnungen der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen). Für sie wird die Bewältigung von Arbeitslosigkeit vollständig privatisiert, sie müssen ihre Kran-

Zum 1. Januar 2004 plant die Bundesregierung die Zerschlagung der Arbeitslosenhilfe. Danach soll es nur noch ein »Arbeitslosengeld II« in Höhe (oder knapp darüber) der Sozialhilfe geben. Aus einer bisher an der Arbeitslosenversicherung orientierten Leistung wird dann eine Fürsorgeleistung.



ken und Rentenversicherung selbst tragen, obwohl sie jahrelang Arbeitslosenversicherungsbeiträge eingezahlt haben.

Die restlichen Zweidrittel, rund 1,13 Millionen Haushalte, die derzeit Arbeitslosenhilfe beziehen, müssen durch die Absenkung der Arbeitslosenhilfehöhe auf Sozialhilfeniveau zum Teil erhebliche

Einkommensverluste hinnehmen. Eine spezielle Rentenversorgung für das »Arbeitslosengeld II« ist bisher nicht vorgesehen.

Anspruch auf das »Arbeitslosengeld II« hat nur der, der als »erwerbsfähig« eingestuft wird. So könnten erwerbsfähige Personen, die kleine Kinder betreuen (z.B. wegen mangelnder öffentlicher Kinderbetreuung) oder Angehörige pflegen, als nicht leistungsbe-rechtigt eingestuft werden. Eine genaue Definition steht noch aus. Zusammen mit den Leistungskürzungen und der Auflösung jeglicher Zumutbarkeitsregelung (»alles wird zumutbar«) erhöht sich nochmals der Druck auf Arbeitslose jede schlechtbezahlte Arbeit und jeden prekären Billig-job annehmen zu müssen. Not macht erpressbar! Damit gerät das Lohngefüge der heutigen Beschäftigten untergehörigen Druck.

Wir rufen alle Erwerbstätigen und ihre Organisationen, alle Wohlfahrtsverbände, alle kirchlichen Organisationen, alle Erwerbslosen und ihre Organisationen und alle sonstig Interessierten auf:

Verhindern wir die Zerschlagung der Arbeitslosen-

hilfe! Nur durch massenhafte Druck von der Strasse werden die Herrschenden zu beeindruckend sein!

Wenn wir heute nicht eingreifen, werden wir morgen keinerlei sozialen Rechte mehr haben!!

Kommt alle zur Veranstaltung am 28. Juni nach Berlin!

Verantwortlich: Runder Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen (der_runde_tisch@web.de)

Interessierte Organisatorinnen und Gruppen solle sich beim Runden Tisch melden.

Dieser Aufruf wurde auf dem bundesweiten Treffen der Anti-Hartz-Bündnisse verabschiedet.

Die KPD unterstützt ihn. Sie fordert dazu auf, ihn nach Kräften zu verbreiten, weitere Unterstützer zu gewinnen und zur Veranstaltung am 28. Juni nach Berlin zu mobilisieren.

Jetzt bestellen:

- Das kostenlose Infopaket der KPD.
- Abonnement »Roter Morgen«, 12 Ausgaben für 16 Euro.
- Ermäßigtes Abonnement (für Arbeitslose, Auszubildende, Schüler, und Studenten) »Roter Morgen«, 12 Ausgaben für 10 Euro.

- Ich möchte die KPD kennenlernen und bitte um ein unverbindliches Gespräch.
- Ich möchte die KPD unterstützen.

Name Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

e-mail

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Verlag Roter Morgen, Postfach 900753,
60447 Frankfurt am Main

Impressum

Hrsg.: Zentralkomitee der KPD
V.i.S.d.P.: H. Polifka,
Postfach 900 753, 60447 Frankfurt / M.
ISSN 0939-2947, D 9835

Redaktion:
c/o Verlag Roter Morgen, PF 900753,
60447 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69/97 07 10 25
Telefax: 0 69/97 07 10 26
e-Mail: info@kpd-online.info
Korrespondenzen, namentlich oder mit
Kürzel gekennzeichnete Artikel geben
nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion wieder.

Redaktionsschluß für RM 05/2003:
09.05.2003

www.kpd-online.info

Lassen wir diese Vorwände einmal beiseite: Der Verfassungsschutz hat durch personelle und finanzielle Unterstützung den organisatorischen und politischen Zusammenhalt der NPD gefördert. Das ist nicht zufällig geschehen, sondern eine bewusste Entscheidung der staatlichen Organe. Die NPD hat für das Vordringen faschistischen Gedankenguts eine hervorragende Bedeutung. Ihre Propaganda für die sogenannte Volksgemeinschaft – also der trauten Einheit der sozial geläuterten Unternehmer mit den von ihnen Ausgebeuteten – ihre Hetze gegen Arbeitsimmigranten, gegen »Überfremdung« und ihre Aufstachelung zum Rassenhass vergiften die politische Atmosphäre. Die Nazis schaffen den ideologischen Boden für die etablierten Parteien, selber reaktionäre, staatsrassistische Maßnahmen durchführen zu können.

Die NPD und ihre Jugendorganisation JN sind aber darüber hinaus der legale Arm der gewalttätigen, rassistischen Schlägerbanden, die Jagd auf Linke, Gewerkschafter, Arbeitsimmigranten machen und so die Entfaltung von demokratischen und sozialen Aktivitäten im Interesse der arbeitenden Menschen hemmen und unterdrücken. Dabei gebärden sich diese angeblichen Freunde des Volkes auch noch radikal und antikapitalistisch: Unter der Parole, dass die Wirtschaft dem Volke dienen solle und nicht umgekehrt, dass »jeder Deutsche« ein Recht auf Arbeit habe, wettern die Nazis gegen die Globalisierung, das international operierende Finanzkapital, gegen die deutsche Beteiligung an »internationalen Konflikten« (Motto: Kein deutsches Blut für fremde Interessen) usw. Freilich, um im gleichen Atemzug ein Bekenntnis zu »einem freien und sozialverpflichteten Unternehmertum« abzugeben, sich gegen das »Traumbild des totalen Wohlfahrtsstaats, dessen Belastungen für alle Schaffenden zum Alldruck werden«, zu wenden und eine »nationale Wehrpolitik« zu fordern, wobei »der Oberbefehl über die deutschen Streitkräfte (...) in deutscher Hand liegen« muss – »Die Bildung eines deutschen Generalstabs ist daher unerlässlich«.

Der Kampf gegen die Faschisten ist Teil der Verteidigung demokratischer und sozialer Rechte der Arbeiterklasse

Die Politik der Nazis zeigt, dass sie auf Grundlage ihrer programmatischen Aussagen gegen die Interessen der arbeitenden Menschen vorgehen – teils indem sie direkt gewalttätig gegen Teile der Arbeiterklasse vorgehen, die sie als »asoziale

Die Nazis bekämpfen – aber wie?

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat das Verbotverfahren gegen die NPD eingestellt – angeblich, weil der NPD wegen deren Unterwanderung durch den Verfassungsschutz kein faires Verfahren gemacht werden könne. Auf ein »fares Verfahren« haben die Nazis allerdings einen Anspruch – so die Richter des BVerfG.

Schmarotzer« ansehen oder weil angeblich Arbeitseinwanderer »den Deutschen« die Arbeitsplätze wegnehmen und sie deswegen zu vertreiben seien. Darüber hinaus bekämpfen die Nazis aber auch als Unternehmerfreunde und Gegner der sozialen Rechte der Erwerbstätigen und Erwerbslosen die Organisation der Arbeiterklasse. Sie diffamieren durch ihre wüste rassistische, nazistische Propaganda jeden praktischen Zusammenschluss der arbeitenden Menschen verschiedener nationaler Herkunft – sie organisieren lieber die »Volksgemeinschaft« mit dem Kapital, Hetzjagden gegen Wohnungslose, gegen Arbeitseinwanderer sowie Demonstrationen zu Ehren der Hitler'schen Wehrmacht und Waffen-SS.

Diese Einbindung der NPD und ihrer Gefolgschaft in das herrschende kapitalistische System zum Zwecke der Verteidigung der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse, zur Militarisierung der Außenpolitik »in deutschem Interesse« usw. ist allerdings vielen Antifaschisten nicht geläufig. Sie sehen in erster Linie den offenen Antisemitismus der Nazis, deren Verherrlichung des Hitler-Krieges, den stumpfsinnigen Sauf- und Stiefel- und Glatzenrassismus ihrer Anhängerschaft – gewiss auffällige und ekelregende Symptome der Ideologie der Nazis. Täuschen wir uns allerdings nicht: Die Herrschenden arbeiten nicht nur an der »Modernisierung« der faschistischen Strömungen und an der Organisation einer »modernen Rechtspartei«, sondern auch daran, dass sich die extremen Rechten weniger sektiererisch darstellen, ihren Sauf- und Pöbelcharakter abmildern. Ganz einfach, um besseren Zugang zur Bevölkerung zu finden. Also: Wenngleich ihr Sektierertum die NPD, DVU und Skinheadleute leichter angreifbar machen, so genügt das Anknüpfen hieran sicherlich nicht mehr, wenn die Nazis ohne Stiefel und braune Hemden daherkommen, sondern so fesch, sauber und ordentlich wie Jörg Haider. Aber selbst dann, wenn uns die Nazis noch den Gefallen tun, ihren Charakter unver-

blümt zur Schau zu stellen – der Kampf gegen den Faschismus kann nicht darauf beschränkt werden, Nazi-Aufmärsche zu verindern. Offensichtlich wird dies, wenn Ziele und Motive von notwendigen Demonstrationen gegen Nazi-Auftritte nicht deutlich gemacht werden. In solchen Fällen pflegt der politisch normal (Des-)Interessierte zu sagen: Die Linken und Rechten prügeln sich, die spinnen doch alle, ein Glück dass es die Polizei gibt, die den Krawall verhindert! Haben die Antifaschisten unter solchen Umständen politisches Terrain gewonnen? Wohl kaum!

Daher gilt es zum einen, die Gründe für Gegendemonstrationen deutlich zu machen und sie aus dem Interesse der ArbeiterInnen, Angestellten, Erwerbslosen, Familien usw. an Arbeit, Auskommen und Frieden herzuleiten – also klarzustellen, dass die Nazis sich dem Kampf um die Rechte der arbeitenden Menschen entgegenstellen. Noch wichtiger allerdings ist es, den Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg tatsächlich selbst zu organisieren. Durch Erfahrungen beim Einsatz für die eigenen Interessen lernen die Menschen politische und ökonomische Zusammenhänge zu verstehen, ihre Gegner zu erkennen und ihre Vereinzelung und Konkurrenz zu einander zu überwinden.

Der Aufbau einer Front gegen Reaktion und Faschismus ist daher untrennbar verbunden mit der Organisation der Verteidigung der unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Schichten. Die KPD wirbt daher für die Aufstellung eines Aktionsprogramms zur Verteidigung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rechte der arbeitenden Menschen, das an ihren Lebensbedürfnissen anknüpft und der Organisation ihres Widerstands gegen Ausbeutung und Unterdrückung dient.

In einem Deutschland, in dem die arbeitenden Menschen die politische Macht haben, werden alle faschistische Organisationen und ihre Propaganda unterbunden.

Arbeitslosigkeit – ein Betriebsunfall?

Offiziell sind 4,7 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Rechnet man die hinzu, die nicht gemeldet sind, aber Arbeit suchen, so ist die Zahl noch wesentlich höher. Das ist nur die nackte Zahl. Hinter ihr verbirgt sich millionenfach Angst vor einer unsicheren Zukunft, Verzweiflung und in vielen Fällen bereits Armut.

Nehmen wir die Frauen und Männer aus Ostdeutschland, die sich nie hätten träumen lassen, dass ihr Land innerhalb weniger Jahre industriell plattgewalzt wird. Dass sie nun – was die Arbeitslosigkeit betrifft – das »Sizilien« Deutschlands sind. Oder nehmen wir dieser Tage die Frauen und Männer des traditionsreichen Betriebs »Grundig« in Nürnberg, die allesamt entlassen – nein, heute sagt man freigesetzt – wurden. So wie ihnen ist es in den vergangenen Jahren bereits Millionen anderen Kolleginnen und Kollegen ergangen und wird es in Zukunft noch mehr ergehen.

Ist die Arbeitslosigkeit schon schlimm genug, so setzen die vereinigte Unternehmenserschaft, der Staat und die mit beiden verhandelten Parteien von SPD, Grüne über CDU/CSU bis FDP noch eins drauf. Sie alle erklären, dass die Arbeitslosen selbst schuld sind, weil sie entweder gar nicht arbeiten wollen oder wenn sie arbeiten wollen, zu viel Lohn fordern. Deutschland sei eben zu teuer und deshalb gäbe es die vielen Arbeitslosen. Ergo müsse »die Arbeit« billiger und Sanktionen gegen Arbeitslose (sprich Unwillige) ergriffen werden.

Aus einem X wird ein U gemacht – die Tatsachen werden verdreht. Die wahren Schuldigen an der Arbeitslosigkeit besitzen die Dreistigkeit, in einer Person als Ankläger, Richter und Vollzugsbeamter aufzutreten. Der Bock wird zum Gärtner gemacht. Es ist die Kapitalistenklasse, die auf die Anklagebank gehört. Es ist doch **ihr** so hochgepriesenes Wirtschaftssystem. **Sie** leiten diese Wirtschaft. **Sie** sitzen an den Schalthebeln. Es sind **ihre** Betriebe und Konzerne



und Banken und Versicherungen ... Wir als einfache Arbeiter und Angestellte haben doch gar nichts zu melden. Weder werden wir gefragt, noch haben wir Einfluß auf Entscheidungen. Und doch sollen wir die Schuldigen sein.

Nun meinen viele, eine Schande für eine Gesellschaft, die doch so reich ist und eine so hoch entwickelte Technik hat. So glauben sie, dass die wachsende Arbeitslosigkeit eine Art »Betriebsunfall« sein müsse, dass diese schlimme Entwicklung persönlichen Fehlern von Unternehmern bzw. Politikern geschuldet sei. Dass Mißmanagement, falsche Wirtschaftskonzepte die Ursache sei.

Nein, die Ursache der Arbeitslosigkeit, erst recht der Massenarbeitslosigkeit, ist die kapitalistische Produktionsweise. Weil sie ausschliesslich auf die Erzielung von Profit orientiert ist, nicht aber auf die Belange und Bedürfnisse aller. Je größer der Reichtum und je höher die technische Entwicklung unter solchen Bedingungen sind, desto mehr entwickelt sich Arbeitslosigkeit. Paradox? Nein, Die Kapitalisten überbieten sich gegenseitig darin, wer mit Hilfe neuer Techniken am

meisten Personal entläßt und die Produktivität am meisten erhöht. Doch jeder technische Fortschritt wird von den Konkurrenten irgendwann eingeholt. Der Tanz beginnt von Neuem, mit noch höherer Produktivität und noch weniger Arbeitskräften. Immer mehr Produkte werden auf den Markt geworfen, aber die Kaufkraft der arbeitenden und arbeitslosen Menschen sinkt, weil das Kapital die Reallohne drückt, weil die Regierung die Einkommen der Arbeitslosen drückt. Die Produktion entspricht nicht der zahlungsfähigen Nachfrage. Dieser Widerspruch wird durch Krisen gelöst: Betriebe werden geschlossen, ArbeiterInnen und Angestellte entlassen.

Nicht die Arbeiter und Angestellten sind schuld an der Arbeitslosigkeit. Sie sind die Opfer.

Die Klasse der Kapitalisten ist schuld an der Arbeitslosigkeit. Sie sind die Täter.

Ohne Überwindung des Profitsystems und des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht möglich. Alle im Rahmen unserer jetzigen Gesellschaftsordnung diskutierten Modelle

und Vorschläge lindern im besten Fall das Problem, lösen es aber nicht. Die Schlussfolgerung, die die KPD zieht, doktort nicht mit untauglichen Mitteln am kranken Patienten herum, sondern packt die Ursache der ganzen Misere an der Wurzel, indem sie ein grundsätzlich anderes »Wirtschaften« zum Ausgangspunkt macht. Das setzt voraus:

1. Die entschädigungslose Enteignung der Industrie- und Handelsunternehmen, Banken und Versicherungskonzerne (...)

2. Die Beseitigung der chaotischen, krisenhaften kapitalistischen Wirtschaftsordnung, in deren Mittelpunkt die Jagd nach Profit steht, durch eine gesellschaftlich koordinierte und geplante Produktion, die der Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes dient (...)

3. Die unmittelbare Beseitigung der Ausplünderung der Gesellschaft durch die Banken, der Verschleuderung gesellschaftlicher Mittel durch Spekulation, des Kapitalexports, des Strebens nach Eroberung ausländischer Märkte (...)

(Auszüge aus dem Programm der KPD)

Um das verwirklichen zu können, benötigen die arbeitenden Menschen die politische Macht. Es versteht sich von selbst, dass diejenigen, die schuld an der Massenarbeitslosigkeit sind, aber aus der Ausbeutung unserer Arbeitskraft ihren Profit ziehen und dadurch reich wurden – abgesichert durch ihren Staat und ihre politischen Parteien – nicht freiwillig ihre Macht abtreten werden. Das Volk muß sie ihnen entreissen.

DIE MUMIASEITE

FOLGE 10

Liebe Leserinnen und Leser vom Roten Morgen, auf dieser Mumia-Seite findet ihr regelmäßig aktuelle Neuheiten über den Prozess gegen Mumia und aktuelle Texte von ihm. Wir hoffen, daß wir hiermit die deutsche und die weltweite Solidaritätsbewegung unterstützen und vergrößern können.

Mumia Abu-Jamal und die Black Panther Party (II)

Um die Diskussion zu und über Mumia zu vertiefen, haben wir in der Folge 9 begonnen das ursprüngliche Programm der Black Panther Party von 1966 abdruckten. Die Black Panther Party war eine Gefahr für die imperialistische USA, weil große Teile der Bevölkerung unter ihrer Führung gegen sie kämpften. Sie mussten diese Partei von innen zersetzen, um sie zerschlagen zu können. Das Programm ist in einigen Punkten sicher auch zu kritisieren. Z. B. beinhaltet Punkt 10 die Durchführung eines überwachten Plebiszit unter Kontrolle der UN, das abzulehnen ist. Ende der 60iger Jahre riegelten Sondereinheiten der Polizei und des FBI ganze Stadtteile ab, um die Führer der Black Panther Party zu liquidieren. Schusswechsel gingen häufig über 7 Stunden. Nachts wurden die Häuser durchsucht, um die Führer der Black Panther im Schlaf zu ermorden.

Wir hoffen, mit dem Programmabdruck eine Diskussion auslösen zu können um die Bedeutung des Falles von Mumia nochmals klar zu machen. **Dies zeigt auch welche Bedrohung er für das imperialistische System in der USA darstellt, das gegen alles, was diesem System im Wege steht, Krieg führt.**

5. Wir fordern ein Erziehungs- und Bildungssystem für unser Volk, das die wahre Natur dieser dekadenten amerikanischen Gesellschaft offenlegt. Wir wollen eine Bildung, die uns über unsere wahre Geschichte und über unsere Rolle in der heutigen Gesellschaft aufklärt.

Wir glauben an ein Bildungssystem, das unserer Bevölkerung ein Wissen über sich selbst vermittelt. Wenn ein Mensch kein Wissen über sich selbst und über seine Position in der Gesellschaft und der Welt hat, kann er auch kaum eine Beziehung zu irgend etwas anderem entwickeln.

6. Wir fordern, daß sämtliche schwarzen Männer vom Militärdienst befreit werden.

Wir glauben, daß Schwarze nicht gezwungen werden dürfen, im Militär zu kämpfen, um eine rassistische Regierung zu verteidigen, die uns keinen Schutz bietet. Wir werden nicht kämpfen, um andere farbige Völker der Welt zu töten, die, wie die schwarze Bevölkerung bei uns, von der rassistischen weißen Regierung Amerikas gequält werden. Wir werden uns mit allen notwendigen Mitteln vor der Macht und Gewalttätigkeit der rassistischen Polizei und des rassistischen Militärs schützen.

7. Wir fordern ein sofortiges Ende der Polizeibrutalität und der Morde an schwarzen Menschen.

Wir glauben, daß wir der Polizeibrutalität gegen unsere schwarze Gemeinschaft ein Ende setzen können, indem wir schwarze Selbstverteidigungsgruppen bilden, die sich die Aufgabe stellen, unsere schwarzen Gemeinschaft vor der von der Polizei praktizierten rassistischen Unterdrückung und Brutal-

ität zu schützen. Der Zweite Zusatz zur Verfassung der Vereinigten Staaten gewährt das Recht, Waffen zu tragen. Wir glauben daher, daß



alle Schwarzen sich zu ihrer Selbstverteidigung bewaffnen sollten.

8. Wir fordern Freiheit für alle in Bundes-, Staats-, Kreis- und Stadtgefängnissen eingesperrten Schwarzen.

Wir glauben, daß alle Schwarzen aus den vielen Haftanstalten und Gefängnissen freigelassen werden sollten, weil sie kein faires und unparteiisches Verfahren bekommen haben.

9. Wir fordern, daß alle Schwarzen, die vor Gericht gestellt werden, von einer Jury von ihresgleichen oder Leuten aus ihren schwarzen Gemeinschaften beurteilt werden, wie es die Verfassung der Vereinigten Staaten vorsieht.

Wir glauben, daß die Gerichte der Verfassung der Vereinigten Staaten folgen sollten, damit schwarze Menschen ein faires Verfahren bekommen. Der 14. Zusatz zur US-Verfassung gibt jedemmann das Recht, von einer Jury von seinesgleichen beurteilt zu werden. Damit sind Personen mit ähnlichem wirtschaftlichem, sozialem, religiösem, geographischem, milieubedingtem, historischem und rassistischem Hintergrund gemeint. Um dies zu gewährleisten, muß das Gericht eine Jury aus der schwarzen Gemeinschaft auswählen, aus der der schwarze Gefangene stammt. Wir wurden und

werden immer noch von ausschließlich weißen Jurys beurteilt, die kein Verständnis für den „durchschnittlich denkenden Menschen“ der schwarzen Gemeinschaft haben.

10. Wir fordern Land, Brot, Wohnungen, Bildung, Kleidung, Gerechtigkeit und Frieden.

Und unser politisches Hauptziel ist ein von den Vereinten Nationen überwacht Plebiszit, das in der gesamten schwarzen Kolonie abgehalten werden soll und an dem nur die schwarzen kolonialen Untertanen teilnehmen dürfen, um den Willen der schwarzen Bevölkerung im Hinblick auf ihr nationales Schicksal zu ermitteln.

Anzeige

Schallplattenversand

Matthias Henk

Postfach 11 04 47, 28207 Bremen



Internationaler Solidaritätssampler FREE MUMIA NOW!

Folgende KünstlerInnen gaben ihre Lieder:

Bettina Wegner & Karsten Troyke, Wahre Schule, Fôô Fanick & One Roots, Kai Degenhardt, Cochise, Radio Ethiopia, Fermin Muguza, Jan Delay, Sinsemilia, Il Canzoniere del Valdarno, Alistair Hulett, Roaring Jack, Selektah Kollektiboa, Betagarri, Anti - Flag, The Code, Justin Sane, Whatever It Takes, Virus Nine, Thought Riot, Pipedown, The Deletist / Tena Scoll, Dj slo-mo / Mo Anderson, Malatesta / Mo Anderson, Bernadette La Hengst, Grenzgänger, Unter Wölfen, Rotes Haus, Chumbawamba, Knarf Rellôm, Goldene Zitronen, McM/PhilHarmonie featuring Fanny & Nathalie, Aziza A



Alle Erlöse gehen an die Anwälte von Mumia EUR 15,00

Bestellung bei: Tel. & Fax: 0421-4988535
JUMPUP@t-online.de * www.jump-up.de



wie es begann ...

Mumia Abu-Jamal war Radiojournalist in Philadelphia und während der Amtszeit des berüchtigten rassistischen Bürgermeisters Frank Rizzo (1972-1980) als die „Stimme der Stimmlosen“ bekannt. Am 9. Dezember 1981 wurde Mumia in Philadelphia von einem Polizeibeamten angeschossen, als er auf eine Polizeikontrolle stieß, bei der der später getötete Polizist auf Mumias Bruder einschlug. Zeugen sahen ein oder mehrere Männer vom Tatort weglaufen. Mumia, schwer verwundet, wurde am Tatort von Polizisten heftig geschlagen, bevor er ins Krankenhaus gebracht und später des Mordes angeklagt wurde und die Todesstrafe verhängt wurde. Denn Mumia war kein unbekannter - er war als jugendlicher Mitglied der Black Panther Partei gewesen und hatte später die radikale, in Philadelphia ansässige, Organisation MOVE unterstützt. Der Prozeß war eine Farce - er wurde die meiste Zeit vom Prozeß ausgeschlossen, die Staatsanwaltschaft erhob gegen fast alle schwarzen Geschworenen Einspruch, die Jury bestand ausschließlich aus Weißen. Der Verteidigung wurde wichtiges Beweismaterial vorenthalten. Seit über 20 Jahren sitzt er unschuldig im Todesstrakt. Er ist 23 Stunden am Tag allein in seiner Zelle eingesperrt und darf keinen Kontakt mit seiner Familie haben. Seine vertraute Verteidigerpost wurde geöffnet und von den Gefängnisbehörden kopiert. Er wurde in Sonderhaft gesteckt, weil er das Buch ...aus der Todeszelle geschrieben hatte. Nachdem immer mehr Beweise für Mumias Unschuld auf den Tisch kamen, u.a. auch das Mordgeständnis von Arnold Beverly sah sich Richter Yohn gezwungen, auch wegen der weltweiten Solidaritätsbewegung, das Todesurteil vorerst aufzuheben. Er bestätigt aber weiterhin Mumias Schuld. Der Staatsanwalt will in die Berufung gehen. Außerdem soll es zu keinem neuen Prozess kommen und die neuen Beweise sollen nicht gehört werden. Wir fordern:

Freiheit für Mumia!

Die Beweise müssen zugelassen werden!

Interview mit dem Golfkriegsveteranen Dave Carson

Im März blockierten etwa 3000 Menschen mehrere Stunden die US-Airbase Frankfurt. Unter ihnen Dave Carson, der als Soldat der US-Army gezwungen wurde, am letzten Golfkrieg teilzunehmen. Nach dieser Erfahrung ist Dave in der Anti-Kriegsbewegung aktiv. Der Rote Morgen sprach mit ihm.

Dave, du bist trotz Aufforderung durch die Polizei vor der Einfahrt der US-Airbase sitzengelieben und schließlich weggetragen worden. Was hat dich dazu bewogen, das zu tun?

Ich war an der Airbase aus Protest gegen den Golfkrieg und die Überflugrechte und überhaupt die Stützpunkte hier in Deutschland und dass sie von der US-Army für ihren Krieg im Irak benutzt werden. Es war auch eine symbolische Aktion von mir, überhaupt das Wegtragen, weil ich damals für den Golfkrieg reingetragen worden bin – von meinen Kameraden in den Krieg rein. Ich hatte Kriegsdienstverweigerung beantragt, aber der Antrag verschwand anscheinend in einer Schublade. Dann hat meine Einheit den Marschbefehl bekommen. Da haben sie mich erst geschlagen und mit Gewalt in den Bus getragen. Und dann letztendlich bin ich an der Rhein-Main Airbase von meinen eigenen Kameraden ins Flugzeug getragen worden. Und für mich war dann jetzt die Symbolik dabei, daß ich jetzt gegen den Krieg demonstriere und die tragen mich nun weg von der Rhein-Main Airbase – in genau demselben Sinn. Die wollen den Krieg treiben und die tragen mich weg, von der Szene, so daß ich sie nicht mehr behindere.

Das heißt, du hast, wenn auch nicht freiwillig, den Krieg 1991 miterlebt.

Ich war die ganze Zeit mit dabei, ich bin mit der 1. Panzerdivision durch den Irak marschiert. Ich war tätig als Sanitäter. Als Sanitäter hatten wir nicht viel zu tun während des Bodenkrieges, weil die Amerikaner wenig Verletzte

gehabt haben und irakische Soldaten nicht behandelt wurden, die wurden einfach auf dem Schlachtfeld gelassen. Und danach sind wir bis nach Kuwait reinmarschiert. Und nach dem Waffenstillstand hieß es für uns Sanitäter dann, wir müssen jetzt Zivilisten behandeln. The »humanitarian aid« – die Opfer der US Bomben. Wir haben dann Verbrennungen behandelt, Kinder mit verbrannten Beinen und Armen und Opfer von Minen. Wir haben die alle behandelt ... und das war für mich eine zwiespältige Aufgabe. Ich wollte den Menschen helfen. Aber es hatte einen sehr bitteren Beigeschmack gegeben. Daß ich die Menschen behandelte, die eigentlich Opfer meiner Handlungen – als Soldat – waren.

Hat es einen Befehl gegeben, irakische Soldaten nicht zu behandeln oder wie muss man sich das vorstellen?

Wir haben sie einfach nicht zu Gesicht bekommen. Als wir gegen die Republikanische Garde gekämpft haben, haben wir, also meine Einheit, eineinhalb Tage losgeballert. Durch die Division wurden so viele Soldaten überrollt und in dieser ganzen Zeit habe ich keinen Menschen behandelt, keinen Verletzten. Das bedeutet, wir haben die einfach nicht zu Gesicht bekommen.

Nach Auffassung der USA ist der Irakkrieg mittlerweile vorbei. Wie siehst du das?

Was ich immer im Kopf habe und nicht mehr wegbekomme, ist das irakische Opfer einer Mine, einer Landmine. Er selbst ist eigentlich nicht auf die Mine getreten. Sein Kumpel ist auf die Mine getreten und er ist nebenher gelaufen.

Sein Kumpel war sofort tot und wir haben ihn in unser Lager bekommen – als Opfer. Sein Hals war aufgerissen, aus seiner Schlagader ist Blut rausgespritzt. Meine Aufgabe dabei war, seinen Arm zusammenzuhalten, weil der total zerfetzt war, während unser Chirurg seine Schlagader zusammennähte. **Und das war nach dem Krieg.**

„Was ich immer im Kopf habe und nicht mehr wegbekomme, ist das irakische Opfer einer Mine, einer Landmine.“

Minen sind die heimtückischsten, gemeinsten Dinge, die die Menschen geschaffen haben. Und die USA haben immer noch nicht das Abkommen gegen Landminen unterzeichnet. Die produzieren die Dinger immer noch und setzen sie immer noch ein ...

Und für mich war das ein Zeichen, wie unmenschlich Krieg ist. Die Landminen und die nicht explodierte Munition wird über das ganze Land zerstreut, explodieren und töten dann unschuldige Menschen. Die laufen einfach über das Feld, ohne irgendwas in der Umgebung, keine Gefahr, und auf einmal sind sie tot ...

Meiner Meinung nach hat der Krieg im Irak nie aufgehört. Das war ein Krieg, schon damals, schon 91, der nie aufgehört hat. Die Menschen sind immer noch gestorben. Die Bomben sind zwölf Jahre lang

immer wieder auf irakischem Grund gelandet. Das hat nie aufgehört, und das gab es auch davor. Die Reagan Regierung hat auch den Irak unterstützt gegen den Iran. Das war auch ein Krieg, und die Amerikaner waren immer dabei. Im Irak und im Nahen Osten sind sie schon lange unterwegs und sie werden weiter dort sein, solange wir es zulassen. Es gibt kein Ende ...

Für dich gab es aber ein Ende. Letztendlich, wenn auch erst lange nach dem »Waffenstillstand« wurde deine Verweigerung ja doch anerkannt. Was machst du heute, wenn du nicht vor Militäreinrichtungen sitzt?

Zur Zeit bin ich mit der »Stop the War Brigade« unterwegs. Das sind Veteranen und Soldaten, die gegen den Krieg sind und gegen den imperialistischen Kapitalismus, der diese Kriege hervorbringt. Und ich stehe in Kontakt mit connection e.V., einer Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure. Hätte ich damals von solchen Organisationen gewußt, wäre es für mich viel leichter gewesen. Ich war allein damals, ich musste alles allein durchziehen. Und jetzt fühle ich eine Verpflichtung gegenüber den Soldaten. Ich weiß, daß es Soldaten gibt, die richtig heiß darauf sind zu töten und in den Krieg zu ziehen. Aber ich weiß auch, daß es viele Soldaten gibt, die zweifeln und raus wollen. Und ich setze mich dafür ein, daß sie Unterstützung bekommen. Zum Beispiel auch, daß Deserteure Asyl bekommen.

Ja, und auf Demos reden wir auch, versuchen Menschen zu erreichen. Weil, die Menschheit, wir sind die Demokratie. Letztlich müssen wir entscheiden, ob wir es weiter zulassen, daß die Menschheit getötet wird, aus ökonomischen Gründen.

Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg.

Internetseite der Stop the War Brigade:

www.angelfire.com/jazz/stwb